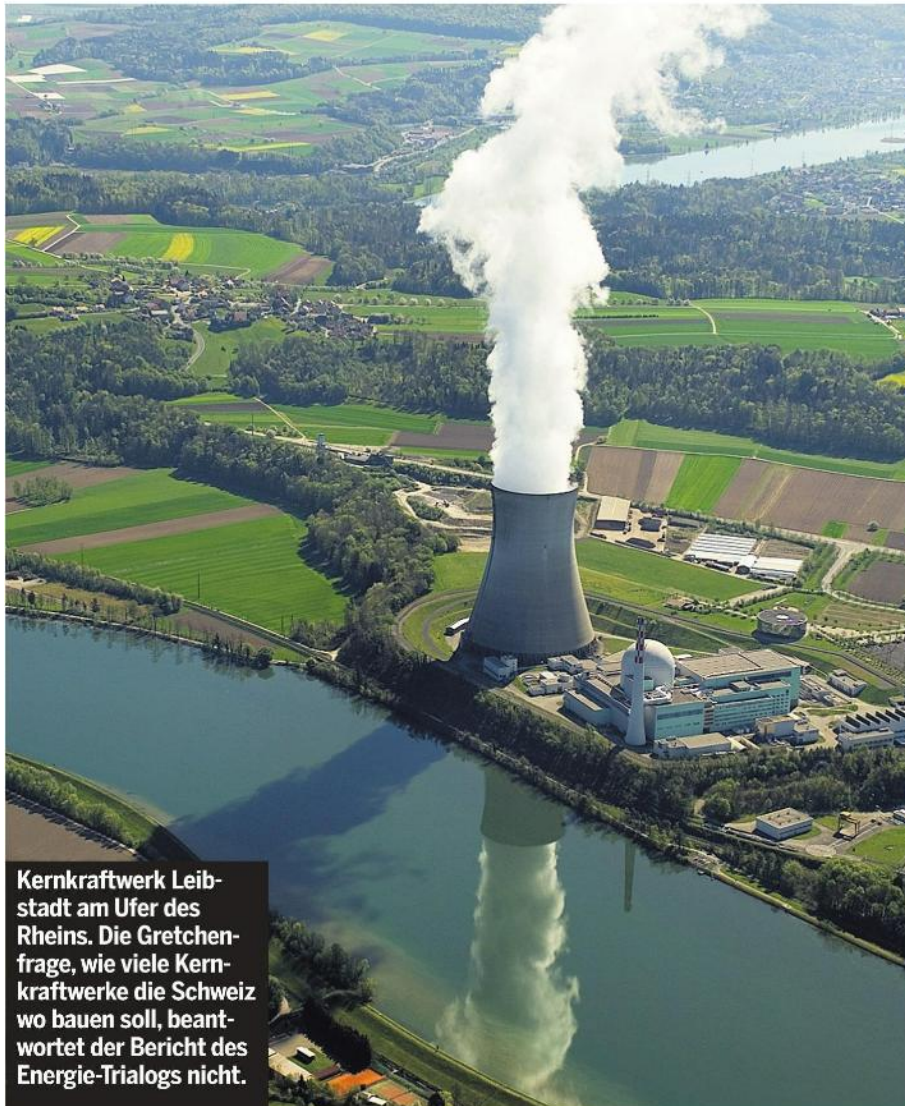


# Lässt sich der Stromkreis schliessen?

## Unter Aargauer Führung wurde ein gemeinsamer Nenner für die Energiedebatte gefunden



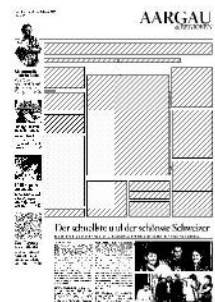
**Kernkraftwerk Leibstadt am Ufer des Rheins. Die Gretchenfrage, wie viele Kernkraftwerke die Schweiz wo bauen soll, beantwortet der Bericht des Energie-Trialogs nicht.**

BILD: FRANK REISER

VON URS MOSER

Gibt es einen Energiefrieden made in Aargau? Unter dem Präsidium von Regierungsrat Peter C. Beyeler hat man sich im Energie-Trialog auf ein Zukunftsszenario für die Energie- und Klimapolitik geeinigt.

Der Aargauer Regierungsrat will Ölheizungen kurzum verbieten. Die eigene Partei wettete über den Staatsdirigismus, andere verspotteten ihn als «grünen Peter», als Baudirektor Peter C. Beyeler am Freitag den Entwurf für ein neues Aargauer Energiegesetz präsentierte. Beyeler freut das natürlich nicht, aber er kann damit leben. Das Gesetz ist nicht Ausdruck einer Wand-



Argus Ref 36706041

lung des freisinnigen Magistraten zum Ökofundi, sondern die Schlussfolgerung aus einer nüchternen Analyse: «Gelingt der Ausstieg aus der Ölfeuerer nicht innert nützlicher Frist, haben wir keine Chance, die Ziele zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Belastung zu erreichen», sagt Beyeler.

**WAS IM AARGAU UMGESETZT** werden soll, ist geprägt vom Geist des Energie-Trialogs Schweiz, den Regierungsrat Beyeler präsidiert. Der Verein ist breit gefächert. Eine Kerngruppe aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und auch Umweltschützern hat sich nach zweieinhalbjähriger Grundlagenarbeit und Diskussion soeben auf ein energie- und klimapolitisches Szenario für die Zeit bis 2050 geeinigt und einen 140-seitigen Grundlagenbericht abgeliefert. Am Montag wurde er der Umwelt-, Raumplanungs- und Energiekommission des Ständerats vorgestellt. Er leistet «einen wertvollen Beitrag zur Versachlichung der Energiediskussion», ist Peter C. Beyeler überzeugt. Die Gretchenfrage, ob und wie viele Grosskraftwerke die Schweiz bauen soll, wo und wie manches Kernkraftwerk, beantwortet der Bericht nicht. Dass die Energieeffizienz gesteigert und in erneuerbare Energien investiert werden soll, ist keine bahnbrechende Erkenntnis. Doch obwohl die «Energiestrategie 2050» auf den ersten Blick nichts sonderlich Spektakuläres enthält, könnte sie ein Quantensprung für die politische Debatte sein.

**VON DER AXPO BIS ZUM WWF** hat man sich auf eine gemeinsame, wissenschaftlich gestützte und nicht politisch gefärbte Einschätzung festgelegt, was das tatsächliche Potenzial von Effizienzsteigerung, erneuerbarer Energie und CO<sub>2</sub>-Reduktion betrifft. Und wie gross die viel zitierte Stromlücke nach Ausschöpfung dieses Potenzials ohne neue Grosskraftwerke sein wird: 11 Terawattstunden im Jahr 2035, was 15 Prozent der Stromnachfrage entspricht. 18 Terawattstunden im Jahr 2050: Das sind 25 Prozent der prognostizierten Stromnachfrage. Das jüngste Kernkraftwerk in Gösgen produziert rund 8 Terawattstunden. Das Szenario setzt natürlich voraus, dass die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Der Energie-Trialog geht für diesen Fall davon aus, dass die Nachfrage nach Energie bis 2035 um 20, bis 2050 um

30 Prozent gesenkt werden kann und dass bis 2050 eine Verdoppelung des Angebots aus erneuerbaren Energien möglich ist.

**ES SEI GELUNGEN**, weit auseinanderdriftende Strategien auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, sagt Baudirektor Peter C. Beyeler. Das vorgeschlagene Massnahmenpaket sei dabei nicht auf seine Mehrheitsfähigkeit und politische Umsetzbarkeit abgestimmt worden, sondern auf die technische Machbarkeit und sehr wohl auch auf die wirtschaftliche Verträglichkeit. Der Bericht enthält einen 10-Punkte-Massnahmenplan. Etwa soll für Neubauten ein maximaler Wärmeenergieverbrauch von 48 Kilowattstunden pro Quadratmeter Wohnfläche vorgeschrieben werden. Oder der Bund soll sein Förderprogramm für energietechnische Gebäudesanierungen ab 2010 um 200 Millionen jährlich aufstocken. Oder die Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien sollen erhöht werden, was AEW-Chef Ernst Werthmüller unlängst kategorisch ablehnte.

**DIE KERNGRUPPE** des Energie-Trialogs, in der etwa die Axpo, die ABB, Shell oder der Migros-Genossenschaftsbund vertreten sind, rechnet durchaus mit fiskalischen Mehrbelastungen. Sie geht aber davon aus, dass sie sich durch die Einsparung von Energiekosten auszahlen und dass das vorgeschlagene Massnahmenpaket Investitionen und Innovationen auslösen wird, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz stärken und wachstumsfördernd wirken. Ziel, ja Voraussetzung für eine zukunftsfähige Energiepolitik sei, dass sich die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Energieverbrauchs entkoppeln: Die Wirtschaft wächst, aber der Energieverbrauch nimmt im Verhältnis zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ab.

**DIE AUFGEZEIGTE STRATEGIE** ist gut für das Klima. Die als machbar aufgezeigte CO<sub>2</sub>-Reduktion liegt über den Zielwerten des Bundesrats: mindestens 25 gegenüber 20 Prozent bis 2020 (wobei allerdings nach der UNO-Klimakonferenz im Dezember das Ziel auf 30 Prozent hochgeschraubt werden könnte). Bis 2035 legt der Energie-Trialog das Ziel bei einer Reduktion um 50 Prozent gegenüber 1990 fest, bis 2050 bei mindestens 80 Prozent. Die Ziele für 2020 könnten mit dem vorgeschlagenen Mass-

nahmenpaket vollständig, jene für 2035 und 2050 weitgehend, aber nicht ganz erreicht werden. Hier schliesst sich der Kreis zum Aargauer Baugesetz mit dem Ölheizungsverbot: politisch wohl illusorisch, aber ohne hat die «Energiestrategie 2050» keine Chance. Deshalb sagt Peter C. Beyerler: «Wenn wir immer nur von vornherein garantiert mehrheitsfähige Lösungen vorschlagen, kommen wir nicht weiter.»